

Die staatlichen Unternehmen selbst verkörpern heute ein Kapital von etwa 30 Milliarden Mark, und im gesamten staatlichen Banksystem befinden sich über 60 Prozent der Einlagensumme aller westdeutschen Banken. Durch diesen Prozeß der Machtkonzentration und Macht Verflechtung wird der aggressive Charakter des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus vervielfacht.

Die Krisenerscheinungen in verschiedenen Industriebereichen Westdeutschlands, hervorgerufen durch die reaktionäre Innen- und Außenpolitik und einen rückläufigen Anteil Westdeutschlands an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder, werden auf den Schultern der Werk tätigen ausgetragen. Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Erhöhung der Preise und Mieten gehen einher mit Notstandsgesetzgebung und weiterem Abbau demokratischer Rechte der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands sowie mit aggressiven Handlungen, wie die politische und materielle Unterstützung des schmutzigen USA-Krieges in Vietnam.

In diesem Bonner Staat, in dem KZ-Baumeister Lübke als Bundespräsident fungiert und Goebbels-Vertrauensmann Kiesinger mit Unterstützung rechter sozialdemokratischer Führer zum Bundeskanzler avancieren konnte, wird gemeinsam Rechtskurs gefahren. „Der Pakt der sozialdemokratischen Minister mit Strauß und Kiesinger stellt sich außenpolitisch als Fortführung und Erweiterung der gegen Frieden und europäische Sicherheit gerichteten Revanchepolitik und innenpolitisch als Unterstützung eines Versuches der Stabilisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar“,

sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem 14. Plenum des ZK der SED zur Regierungserklärung des Kiesingerkabinetts.

Dieser Staat stellt als einziger in Europa Gebietsforderungen. Die ihn beherrschenden Kräfte widersetzen sich nicht nur jedem Verzicht auf Atomrüstung und einem Nichtangriffspakt in Europa, sondern haben seit Jahr und Tag die Gewalt über Atomwaffen zum Merkmal ihrer Souveränität erklärt.

Dieser Staat ist zur Erhaltung des Imperialismus auf deutschem Boden entstanden. Die den Monopolen innewohnende Raff- und Raublust ist in Westdeutschland mit Perfektion auf die Politik des von ihm beherrschten Staates übertragen. Mit der Vertiefung des kapitalistischen Grundwiderspruchs verstärken sich dort die reaktionären, revanchistischen, militärischen Wirkungen in der Innen- und Außenpolitik. Der Monopolisierung in der Wirtschaft entspricht die Monopolisierung in der Politik und ihren Massenbeeinflussungsmitteln. Das in der Hand eines Axel Cäsar Springer konzentrierte Pressemonopol zum Beispiel hat die gleiche antikommunistische Grundlinie wie die Bonner Regierungspolitik. Der Schrei nach der Notstandsverfassung wird gleichermaßen von den Unter-

nehmerbänden wie von der reaktionären Presse erhoben.

Die Reaktion nach innen und die nur notdürftig kaschierte Aggressivität nach außen haben eine ihrer Ursachen in dem alten Widerspruch zwischen der ökonomischen Stärke des deutschen Imperialismus und seinem sehr eingeschränkten politischen Einflußbereich in der Welt. Damit verbunden ist eine immer stärkere Einschränkung seiner wirtschaftspolitischen Wirkungsfähigkeit. Und eben dieser Widerspruch läßt die herrschenden Kreise im Bonner Staat das reale Kräfteverhältnis in der Welt verkennen und seine eigene Kraft überschätzen.

Jahr für Jahr, zunehmend stärker seit dem 13. August 1961, hat unsere Republik dem Bonner Regime Niederlagen beigebracht und ihm — im Verein mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes — die Grenzen seiner Macht gezeigt. Die Vorherrschaftspläne für Europa sind an der konsequenten Friedenspolitik unserer Regierung, die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten unterstützt wird, gescheitert. Das politische Prestige des Bonner Staates nimmt dank der wachsenden Stärke und Autorität der Deutschen Demokratischen Republik immer weiter ab.

Lügen zur Kriegsvorbereitung

Die westdeutschen Imperialisten versuchen nunmehr, den Widerspruch zwischen ihren Aggressions- sowie Annexionszielen und ihren geschrumpften Möglichkeiten durch solche Mittel zu tarnen, deren politisch-ideologischer und juristischer Grundbestand uns aus der Zeit eines Goebbels nicht unbekannt ist. Auch damals wurden Kriegsvorbereitungen

durch ein Netz von Lügen verdeckt.

Eine dieser längst wieder aufgewärmten Lügen: Man müsse durch verstärkte Rüstung der Kriegsgefahr entgegenwirken. Heute wird in Bonn die von Jahr zu Jahr forcierte Rüstung mit der „Bedrohung aus dem Osten“ demagogisch „begründet“. Mit ebendieser Verteidigungslüge ist Westdeutschland